

Innere Front

Der Hurra-Patriotismus richtet sich zunehmend auch gegen die USA. Und für die zivilen Politiker ist er Tarnung ihrer innenpolitischen Manöver.

Die wilden Gurkhas aus Nepal“, drohte der Oberleutnant, „werden gegen unsere blutrünstigen Messerstecher von Corrientes antreten müssen, die sie mit ihren fürchterlichen Klingen von einem halben Meter Länge erwarten.“ Auch seine Soldaten, versprach der Offizier, seien Experten im Kampf mit „heißem Blut“.

Auch der als gemäßigt geltende Oberbefehlshaber der Luftwaffe Basilio Lami Dozo, der politisch zu den oppositionellen Christdemokraten tendiert, versprach der englischen Flotte einen baldigen „massiven Angriff“.

„Die Tatsache, daß wir vorübergehend unsere Freiheit verloren haben“, erklärten die Insassen des Gefängnisses von Caseros, „schließt uns nicht von dem Recht aus, unser Land zu verteidigen.“

Und die Tageszeitung „Clarín“ prophezeite düster: „Es wird keine friedliche Lösung geben im Südatlantik ohne ein vorübergehendes Blutbad.“

Trotz solcher Droh- und Krafttöne ist die anfangs einhellige Kriegsbegeisterung in Argentinien jedoch inzwischen verblaßt. Bedrückende, längerfristige Konflikte zeichnen sich ab, neue Fronten werden gebildet. Kalkül tritt zumindest bei den Politikern an die Stelle des Hurra-Patriotismus.

Neben dem immer noch als Aggressor gebrandmarkten Feind Großbritannien pflegen die Argentinier zunehmend ein neues Feindbild: Die Engländer sind zwar „Piraten“, doch die US-Amerikaner sind noch viel Schlimmeres, nämlich „Hurensöhne“ und „Verräter“.

So schickte etwa Fregattenkapitän Amaro Víctor Nelson Diez eine Urkunde an die Washingtoner Botschaft in Buenos Aires zurück, die er für seine Beteiligung an der Kuba-Blockade 1962 von den USA erhalten hatte: „Sie kommt aus den USA“, meinte er, „und verletzt meine Würde.“

Ebenso sandte Luftwaffenoffizier Demostenes Jorge Ramos seinen in den USA erworbenen Pilotenschein zurück, „wegen der fast bedingungslosen Unterstützung, die der grausame und unmenschliche Feind von der Regierung Ihres einst so bewundernswerten Landes bekommt“.

Vorsorglich sind schon zahlreiche in Argentinien ansässige US-Manager vorübergehend nach Montevideo oder São Paulo gezogen. Rotarier und Lions Clubs aus Kleinstädten haben wütend



Präsident Galtieri: „Mal die Politiker, mal die Militärs“

die Beziehungen zu den Mutterorganisationen abgebrochen.

US-Außenminister Alexander Haig wird in Witzen als käuflich dargestellt, seine mühevollen, wenn auch gescheiterten Vermittlungsversuche gelten nun als heimtückisches Manöver.

Besonders übel wurde die Geheimmission von Reagans Sonderbotschafter, dem ehemaligen CIA-Vizechef General Vernon Walters, aufgenommen. „Ich habe keine Ahnung, warum er kam“, klagte Außenminister Nicanor Costa Méndez, „da er mit mir nicht gesprochen hat.“

Tatsächlich verhandelte Walters während seines 48-stündigen Blitzbesuches ausschließlich mit den Militärs. „Clarín“ und „La Prensa“ beschuldigten den einstigen Spionenchef, er sei nur gekommen, um im Komplott mit der US-Botschaft die Junta zu destabilisieren. Deshalb habe der innenpolitische Referent der Botschaft auch Gespräche mit Gewerkschaftern, Oppositionspolitikern und Mitarbeitern des von General Leopoldo Galtieri im vergangenen Dezember gestürzten Ex-Präsidenten General Roberto Viola geführt.

Die Botschaft bestätigte zwar Kontakte zu Violas ehemaligem Außenminister Oscar Camilion, beschuldigte aber „ausländische Kreise, die Differenzen zwischen Argentinien und den USA vertiefen“ zu wollen.

„Gewiß versuchen die USA, die Regierung zu destabilisieren“, so Enrique Gilardi Novaro, enger Mitarbeiter des Admirals a. D. Massera, zum SPIEGEL. „US-Botschafter Shlandeman versuchte, den Präsidenten Galtieri zu ersetzen. Sein Mann war Oscar Camilion.“

Tatsächlich ist die Position Galtieris keineswegs unantastbar. In Argentinien, einer der brutalsten Diktaturen des Kontinents, verteilt sich die Macht auf über hundert Generale und Admirale, die Mitspracherecht in Anspruch nehmen.

Ohne die Unterstützung der Befehlshaber der fünf Heeresgruppen kann kein Juntachef weiterregieren. Gerade Galtieri weiß das, denn er übernahm die Macht von seinem Vorgänger General Viola durch eine Palastrevolte.

Wäre Galtieri in der Malvinenfrage etwa zu weich, könnten ihm Waffenbrüder zu seiner Rechten die Macht streitig machen. Die politischen Spannungen innerhalb des Regimes werden von den lokalen Zeitungen schon offen „innere Front“ genannt, Fragen der „Nachkriegszeit“ eingehend diskutiert. Innerhalb der Streitkräfte wurden zwei Kommissionen gebildet, politisch die eine, wirtschaftlich die andere, die über die Zukunft des Regimes beraten sollen.

Die noch vor kurzem so verpönten zivilen Politiker werden wieder ernster genommen, obwohl für viele von ihnen der Schlachtruf „Malvinas argentinas“ nur die Fahne ist, unter der sie ihren Kampf für die Demokratisierung des Landes führen. Galtieri selber schrieb an seinen venezolanischen Amtskollegen Herrera Campins, er werde nach Beilegung des Konflikts „die Demokratie in Argentinien säen“.

„Das wichtigste ist“, meinte nun auch der zuvor als Falke aufgetretene Innenminister General Alfredo Saint-Jean, „daß wir eine vom Volk gewählte Regierung bilden können“ – doch dazu besteht

wenig Aussicht, solange der Krieg dauert.

Die zivilen Politiker wollen sich mit einer nur scheinbaren Öffnung nicht begnügen. „Die Malvinen dürfen kein Vorwand sein“, forderte der Peronist Deolindo Bittel, „damit sich diese Regierung an der Macht verewigt.“ „Wir sind für die nationale Souveränität über die Malvinen“, so auch Gewerkschaftsboß Saúl Ubaldini, „aber auch für volle Souveränität durch Demokratie. Wir sind in keiner Weise für diese Regierung.“

So suchen die in unzählige Parteien und Flügel zersplitterten Oppositionspolitiker nun verzweifelt nach einer Übergangslösung. Konkretere Vorschläge als eine Einheitsregierung der „nationalen Rettung“ konnten sie bislang aber noch nicht vorweisen.

Einige hoffen fatalistisch, daß die Demokratie von selbst kommen werde: „Argentiniens Geschichte verläuft in Zyklen“, schrieb der Kolumnist Iglesias Rouco. „Einmal regieren die Politiker, einmal die Militärs.“

EG

Karte überreizt

Die EG-Partner rechneten mit England ab – und verletzten damit europäisches Reglement.

England im Krieg – gegen das ferne Argentinien, aber auch gegen jenen nahen Kontinent, den die Briten oft Europa nennen, als ob sie nicht dazugehörten.

Sie taten vorige Woche alles, ihren Atlantik-Krieg noch größer werden zu lassen und ihren Europa-Krieg zu verlieren. Vor dem britischen Unterhaus empörte sich Premierministerin Margaret Thatcher: „So etwas hat es noch nie gegeben.“ Und in Brüssel drohte ihr Landwirtschaftsminister Peter Walker: „Die Regierungen, die diesem Wechsel zugestimmt haben, werden noch bedauern, was sie heute getan haben.“

Der Zorn der Briten galt den Partnern der Europäischen Gemeinschaft, die vorigen Dienstag kurzerhand die wochenlange Blockade der Agrarpreise durch London durchbrachen und damit die bisherige Geschäftsgrundlage für Entscheidungen im Ministerrat über Bord warfen – so sehr hatte Britannien die Europäer gereizt.

Ungeachtet eines britischen Vetos verabschiedeten die Landwirtschaftsminister Frankreichs, Italiens, der Bundesrepublik, der Niederlande, Belgiens, Irlands und Luxemburgs insgesamt 64 Verordnungen, in denen sie die EG-Agrarpreise für 1982 um 10,5 Prozent heraufsetzten.

Freilich, in der Stunde der großen Abrechnung mit den Briten waren sich die Europäer so wenig einig wie bei früheren Konflikten: Dänemark und

Griechenland waren zwar mit dem Agrarpaket einverstanden, beteiligten sich aber nicht an der Abstimmung, weil sie ebenfalls die Prozedur nicht billigten.

EG-Europa trat in eine neue Phase seiner wenig glorreichen Geschichte ein: Mehrheitsabstimmungen im Ministerrat sind durch das Grundgesetz der EG, die Römischen Verträge von 1957, zwar erlaubt. Doch seit 16 Jahren galt eine andere Regel. Frankreichs damaliger Staatspräsident Charles de Gaulle hatte 1966 den „Luxemburger Kompromiß“ durchgesetzt, eine nicht unterzeichnete Protokollnotiz, wonach ein Mitglied nicht überstimmt werden dürfe, wenn es erkläre, daß die anstehende Frage seine „vitalen Interessen“ berühre.

De Gaulle blockierte damit die geplante Erweiterung supranationaler Zuständigkeiten für die Brüsseler Kommission, die er als Versammlung von „Vaterlandslosen“ und „Technokraten“ diffamierete. Die weitere Integration wurde damals gestoppt, de Gaulles „Europa der Vaterländer“ zementiert.

Daß die von London beanspruchten „vitalen Interessen“ nun erstmals nichts bewirkten, haben die Briten eigener Sturheit und falscher Taktik zuzuschreiben. Ein deutscher Beobachter der Verhandlungen: „Die Engländer haben ihre Karte klar überreizt.“

Mit zwei herrisch vorgetragenen Verlangungen hatte Margaret Thatchers Kriegeregierung ihre Partner in der EG konfrontiert, als sich die Außenminister am vorletzten Sonntag in Luxemburg am Rande der üblichen Nato-Tagung versammelten. Sie wünschte eine Verlängerung des bis 17. Mai befristeten EG-Einfuhrstopps für argentinische Waren, obwohl die Europäer schon den bisherigen Boykott nur zähneknirschend verhängt und die Briten vor kriegerischen Abenteuern gewarnt hatten.



Englischer Agrarminister Walker
„So etwas hat es nie gegeben“

Auf dem Tisch lag aber auch das alte Verlangen Londons nach einem kräftigen Nachlaß der vertraglichen Zahlungsverpflichtungen Großbritanniens gegenüber der Gemeinschaftskasse, das die EG seit dem Britenbeitritt um einen neuen Dauerkonflikt bereichert hat.

Rasch mußte der Chef des Foreign Office, Francis Pym, erkennen, daß Belgiens Außenminister Leo Tindemans, der im ersten Halbjahr 1982 turnusgemäß den Vorsitz im Ministerrat führt, beide Verlangen Englands miteinander zu verknüpfen trachtete.

Entgegen Pym's Wunsch ließ der Belgier zuerst über einen neuen Beitragsvorschlag der Kommission diskutieren: Rabatt für London in Höhe von zwei Milliarden Mark für 1982. Der Brite blieb abweisend: Er könne sich nicht vorstellen, daß seine Regierung die Offerte als ausreichend ansehen werde.



Englischer Außenminister Pym
„Die werden das noch bedauern“

Als die Verlängerung der Argentinien-Sanktionen aufgerufen wurde, die den Engländern besonders am Herzen lag, waren bereits die Wagen vorgefahren, um die Außenminister Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik zum traditionellen „Deutschland-Essen“ mit ihrem amerikanischen Kollegen Alexander Haig abzuholen. Nun drängte die Zeit, denn am Abend des folgenden Tages sollte der EG-Boykott gegen Argentinien auslaufen.

Doch Pym, nach dem Rücktritt des erfahrenen Lord Carrington noch neu im Geschäft, erkannte die Gefahr nicht und hatte sich bereits verrannt: Auf der nahezu gleichzeitig stattfindenden Tagung der Landwirtschaftsminister, die über die fällige, vor allem von Frankreich verlangte Anhebung der Agrarpreise entscheiden sollte, wollten die Briten diese Angleichung so lange blockieren,